

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

Inhalt

Professor Dr. Friedhelm Farthmann MdL verurteilt das Bonner Sparpaket: Ungerecht, gefährlich, kontraproduktiv.

Seite 1

Ulla Schmidt MdB kommentiert die Diskussion um die Weizsäcker-Nachfolge: Heilmann soll verzichten.

Seite 2

Dr. Klaus Kübler MdB weist auf die Sicherheitsrisiken des Atomkraftwerks in Tschernobyl hin: Noch im Herbst stilllegen.

Seite 3

Professor Susanne Müller erinnert an Otto Wels, der vor 100 Jahren geboren wurde: Den Nazis unter SS-Bedrohung widersprochen.

Seite 3

48. Jahrgang / 170

7. September 1993

Ungerecht, gefährlich, kontraproduktiv Das Bonner Sparpaket verschärft die Krise

Von Professor Dr. Friedhelm Farthmann MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Auf Antrag der SPD-Fraktion soll der nordrhein-westfälische Landtag die Bundesregierung auffordern, die gesetzliche Umsetzung des "Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramms" zurückzunehmen. Die Kürzungen sind sozialpolitisch ungerecht, gesellschaftspolitisch gefährlich und wirtschaftspolitisch kontraproduktiv. Gerade in Zeiten schwieriger öffentlicher Haushalte kommt es darauf an, die Belastungen bei notwendigen Einsparungen gerecht zu verteilen. Nur wer sozial gerecht spart, kann mit der Hilfe, dem Einsatz und dem Verständnis der Menschen rechnen.

Die beabsichtigten Kürzungen in Höhe von 25 Milliarden DM für 1994 entfallen zu rund 19 Milliarden DM auf Sozialkürzungen. Damit treffen über 70 Prozent der Kürzungen fast ausschließlich mittlere und untere Einkommensgruppen. Diese deutliche soziale Schieflage muß korrigiert werden. In seiner derzeitigen Form gefährdet das Spar- und Konsolidierungsprogramm den sozialen Frieden und gesellschaftlichen Konsens in unserem Land. Damit zerstört es zugleich die Voraussetzung für Wege aus der aktuellen Krise.

Wer die Gesellschaft immer wieder mit neuen Sozialkürzungen konfrontiert und sie dabei im Unklaren läßt, wo er die Grenzen der sozialen Belastbarkeit sieht, der schürt Zukunftsängste und die Suche nach Sündenböcken. Wer die wachsende Zahl der Menschen, die auf Lohnersatzleistungen, Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe angewiesen sind, durch Absenkungen an den Rand des Existenzminimums drängt, wer Familien und Alleinerziehenden zusätzliche Belastungen aufbürdet, wer Benachteiligten Chancen zur Integration zerstört, der spaltet die Gesellschaft.

Wer in einer Rezession gerade denen etwas nimmt, die ihr ganzes Einkommen konsumieren müssen, der verstärkt die konjunkturelle Talfahrt. Auch die degressive Absenkung des Arbeitslosengeldes sowie die Änderungen des Bundessozialhilfegesetzes bewirken, neben den sozialpolitischen Folgen, einen enormen Kaufkraftverlust. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) werden die Einsparungen das Wirtschaftswachstum im Jahre 1994 um ein halbes Prozent senken. Weniger Wachstum

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst: GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus II/217, 53113 Bonn
Postfach 12 04 06, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Umweltfreundliche
aus 100% Recycling
Papier



bedeutet aber auch ein geringeres Steueraufkommen. Durch das Sparpaket werden rund 15 Milliarden DM weniger Steuern eingenommen. Unter dem Strich spart die Bundesregierung also nicht mehr als fünf bis sechs Milliarden DM ein. Das Sparpaket ist damit auch steuerpolitisch verfehlt.

insbesondere durch die Kürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit werden viele Betroffene zu Sozialhilfeempfängern. Auf die Kommunen kommen dadurch bundesweit zusätzliche Belastungen in Höhe von rund vier Milliarden DM zu. Die Begrenzung des möglichen Bezugs von Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre forciert diesen Prozeß zusätzlich. Allein für Nordrhein-Westfalen wird mit 1,2 Milliarden DM an zusätzlichen Belastungen gerechnet.

(-/7. September 1993/rs/ks)

Heitmann soll verzichten

Zur Diskussion um die Nachfolge von Richard von Weizsäcker

Von Ulla Schmidt MdB

**Vorsitzende der Querschnittsgruppe Gleichstellung von Frau und Mann der SPD-
Bundestagesfraktion und
Mitglied der Kommission Regierungsprogramm 1994**

Eine Kandidatur des sächsischen Justizministers Steffen Heitmann für das Amt des Bundespräsidenten wäre keine Aufwertung, sondern eher eine Beleidigung für die Deutschen aus der ehemaligen DDR. Die konservativen Ansichten Heitmanns widersprechen grob alledem, was die meisten Ostdeutschen über die Vereinigung aus bewahren wollen.

Während die allermeisten Frauen in den neuen Bundesländern wie früher Berufstätigkeit und Kinder miteinander vereinbaren wollen, vertritt Heitmann die Überzeugung, eine Frau mit Kindern müsse im Haus bleiben. Während die allermeisten Ostdeutschen sich für die fremdenfeindlichen Übergriffe in ganz Deutschland schämen und nach Meinungsumfragen noch größere Abscheu gegen Rechtsradikale äußern als die Westdeutschen, gibt Heitmann Furcht vor "Überfremdung" zu erkennen und signalisiert indirekt Nähe zu den Ausländerfeinden. Ein solcher Mann repräsentiert gerade die Ostdeutschen nicht. Sollten ihn westdeutsche Abgeordnete, die in der Bundesversammlung eine Vier-Fünftel-Mehrheit stellen, zum Bundespräsidenten wählen, so verhöhnten sie den Anspruch der Ostdeutschen, im vereinigten Land nicht völlig unterzugehen.

Ich empfehle Herrn Heitmann aus diesem Grunde, auf eine Kandidatur zu verzichten.

(-/7. September 1993/rs/ks)

Tschernobyl noch im Herbst stilllegen

Von dem ukrainischen Atomkraftwerk geht immer noch eine große Gefahr aus

Von Dr. Klaus Kübler MdB

1991 beschloß das ukrainische Parlament, Tschernobyl spätestens im Herbst 1993 abzuschalten. Die ukrainische Regierung schloß sich dem an. Eine Umsetzung dieses Beschlusses ist dringend erforderlich: Die RBMK-Reaktoren der Tschernobyl-Reihe gehörten zu den gefährlichsten der Welt. Immer wieder erreichten uns Berichte über neue Störfälle.

Doch die nach wie vor mächtige Atomlobby der Ukraine will die Umsetzung des Parlamentsbeschlusses verhindern. Die angegriffene und schwache Stellung von Präsident und Regierung der Ukraine läßt nichts Positives in dieser Frage erwarten. Erklärte doch gerade der ukrainische Energieminister Wilen Semenjuk vor dem Parlament, Tschernobyl sei nach einigen technischen Nachbesserungen nun eine der sichersten Atomanlagen der Welt und könne weiter betrieben werden!

Doch an der internationalen Beurteilung der katastrophalen Unsicherheit der RBMK-Reaktoren hat sich nichts geändert. Sie bleiben atomare Zeitbomben, die nicht durch Nachbesserungen, sondern nur durch sofortiges Abschalten entschärft werden können. Deshalb sollte die Bundesregierung initiativ werden.

Es muß alles getan werden, um Tschernobyl noch in diesem Herbst still zu legen, wenn man nicht unkalkulierbare Gefahren für Mensch und Natur in ganz Europa achselzuckend hinnehmen will.

Deshalb habe ich an die Bundesregierung folgende schriftliche Frage gestellt: "Welche Initiativen wird die Bundesregierung ergreifen, eventuell gemeinsam mit anderen Regierungen, daß die vom ukrainischen Parlament für den Herbst 1993 beschlossene endgültige Stilllegung des KKW Tschernobyl auch tatsächlich erfolgt?"

(-/7. September 1993/rs/ks)

Otto Weis zur Erinnerung

Vor hundert Jahren wurde der SPD-Vorsitzende geboren, der unter den Augen der SS des Ermächtigungsgesetz verurteilt

Von Professor Susanne Miller

Otto Weis wurde am 15. September 1873 in Berlin geboren. Sein Vater besaß eine Gastwirtschaft im Berliner Norden, seine Mutter stammte aus einer preußischen Soldatenfamilie. 1878 beschloß der Reichstag das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", meist "Sozialistengesetz" genannt, es sollte aber, wie Willy Brandt sagte, besser "Antisozialistengesetz" heißen. Es war zwölf Jahre in Geltung, und in dieser Zeit trafen sich Sozialdemokraten heimlich in den Hinterstuben lüthen wohlgesinnter Gastwirte, so auch der Ekern von Otto Weis. Schon als Vierzehnjähriger fühlte er sich der verfolgten Partei zugehörig.

Die alte Sozialdemokratie erhielt ihre Prägung durch tüchtige, selbstbewußte Facharbeiter. Otto Weis war einer von ihnen. Er erlernte den Beruf des Tapezierers, der auch den des Polsterers und Innendekorateurs einschloß. Er ging auf Wanderschaft, leistete seinen Militärdienst ab und betätigte sich danach in der Gewerkschaft und in der SPD. Er wurde Sekretär des Tapeziererverbandes in Berlin und 1905 einer der beiden Vorsitzenden der Gesamtorganisation.

Zwei Jahre später erfolgte seine Wahl zum Parteisekretär der SPD in der Provinz Brandenburg. Nach der Rückkehr von seiner Wanderschaft als Tapezierergeselle hatte Otto Wels geheiratet. Seine Frau Toni, Tochter eines Gärtners, war Näherin. Wie ihre beiden Söhne später berichteten, hatte sie zeitweise die Familie mit ihrer Hände Arbeit ernährt, weil ihr Mann einen großen Teil seines geringen Einkommens für die politische Arbeit ausgab. Toni Wels war eine stille, zurückgezogene lebende Frau. Sie teilte mit ihrem Mann die Härten des Exils, nach seinem Tod konnte sie sich mit Hilfe von Freunden aus dem besetzten Frankreich in die USA retten und ist dort bald gestorben.

Im Amt des Parteisekretärs der SPD war Wels in seinem Element. Er war ein ausgezeichnete Organisator und Versammlungsredner. Besonders in Wahlkämpfen kamen seine Fähigkeiten zur Geltung: eine ausdrucksvolle, gelegentlich etwas politrige Sprache, Sachkenntnisse und Mutterwitz. Seine stattliche Erscheinung wirkte beeindruckend und anziehend. Als Parteisekretär bemühte er sich um enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, die für ihn eine gute Schule der Organisation und Politik gewesen waren. Doch die Priorität besaß die sozialdemokratische Partei. In seinem Brandenburger Amt war ihm viel an einem guten Kontakt mit der Berliner Parteioorganisation gelegen. Das hatte aber seine Schwierigkeiten, denn in der Berliner SPD dominierte der linke Flügel. Nun war Otto Wels keineswegs ein Exponent des rechten Flügels. Er war ein Praktiker der Mitte, dem innerparteiliche Flügelkämpfe verhaßt waren, besonders wenn sie mit dogmatischer Verbissenheit geführt wurden. Es ging ihm vor allem darum, das mühsame Ringen der Sozialdemokratie um die Besserung der sozialen Lage der Arbeiterschaft und um ihre politischen Rechte nicht durch Rechthaberel und Querelen von links und rechts belasten zu lassen.

Der SPD-Parteitag von 1913 markierte eine neue Etappe in der Parteigeschichte. Die Gründergeneration wurde großenteils abgelöst. August Bebel war gestorben, Friedrich Ebert folgte ihm im Parteivorsitz. Otto Wels wurde zum Beisitzer im zwölfköpfigen Vorstand gewählt. Dies wurde entscheidend für seine politische Laufbahn. Von Bedeutung war auch seine ein Jahr zuvor erfolgte Wahl in den Reichstag. Nach dem ersten Weltkrieg wurde Otto Wels neben Hermann Müller und Philipp Scheidemann Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion. Obwohl er dieses Amt kompetent und verantwortungsbewußt ausübte, war das Parlament nicht der Rahmen, in dem er sich am wirkungsvollsten bewegte. Sein eigentlicher Wirkungskreis war die sozialdemokratische Partei. Sie bildete seinen Lebensinhalt, ihr diente er unermüdet und hingebungsvoll, ihr drückte er den Stempel seiner Persönlichkeit auf mit ihren hervorragenden Eigenschaften und auch mit ihren Begrenzungen.

Krieg und Frieden

Am Beschluß der SPD-Reichstagsfraktion, am 4. August 1914 die Kriegskredite zu bewilligen, hatte Wels keinen entscheidenden Anteil. Aber er unterstützte ihn ohne Vorbehalte und er gehörte zur Kommission, die die Erklärung im Reichstag zu diesem Beschluß redigiert hatte. In der Auseinandersetzung zwischen der Mehrheit der Fraktion, die während des ganzen Krieges für die Fortsetzung der Kreditbewilligung war, und der Minderheit, die sie ablehnte, stand Wels auf der Seite der Mehrheit.

Nach der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der USPD, zu Ostern 1917 schloß sich die Berliner Parteioorganisation dieser an. Die Mehrheitssozialdemokratie mußte also in der Reichshauptstadt von vorne anfangen. Wels förderte die Gründung des "Vereins Vorwärts", der als Auffangbecken für diejenigen Berliner Sozialdemokraten fungierte, die der Politik der Mehrheitssozialdemokratie zustimmten. Die russische Februarrevolution, die den Zaren stürzte, wurde von Sozialdemokraten aller Richtungen begeistert begrüßt. Die Mehrheitssozialdemokratie setzte sich nach diesem Ereignis dafür ein, den Krieg so schnell wie möglich auf diplomatischem Wege durch einen Verständigungsfrieden zu beenden. Doch die Machthaber im Deutschen Reich setzten in ihrer Verblendung auf einen militärisch erkämpften "Siegfrieden" für Deutschland. So ging das Völkermorden weiter. Nach dem Durchbruch der alliierten Heere im Westen war es im August 1918 offensichtlich geworden, daß Deutschland den Krieg verloren hat. Die Reichsregierung wurde von der Obersten Heereslei-

tung ersucht, Verhandlungen um einen Waffenstillstand einzuleiten. In dieser Situation wurde die SPD zum ersten Mal in der deutschen Geschichte aufgefordert, in die Regierung einzutreten. In einer dramatischen Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses am 23. September 1918 prallten die Meinungen, ob man dieser Aufforderung folgen sollte oder nicht, hart aufeinander.

Jahre später berichtete Otto Wels darüber, und zwar als Zeuge im sogenannten Dolchstoßprozeß. Es handelte sich dabei um die infame Geschichtslüge, meist verharmlosend als "Dolchstoßlegende" bezeichnet, daß Deutschland 1918 den Krieg verloren habe, weil "die Heimat" - gemeint sind Sozialdemokraten, Juden, Pazifisten - dem kämpfenden Heer den Dolch in den Rücken gestoßen hätten. Diese Lüge wurde von den Generalen Ludendorff und Hindenburg aufgebracht und von Nationalisten, besonders von den Nazis, mit großem Erfolg verbreitet. 1925 fand in München ein Prozeß darüber statt, in dem Wels über die Sitzung vom 23. September 1918 folgendes aussagte: "Ebert hat gesagt, wir sollten in die Regierung eintreten, um den Frieden zu schließen. Ich erklärte ihm: Bist du von Gott verlassen, laß doch zum Teufel den Frieden diejenigen schließen, die den Krieg geführt und die Verantwortung tragen und den Waffenstillstand gefordert haben. Ebert widersprach und sein Einfluß war so stark, daß er wie eine Sturmgewalt über alles hinwegging." Dann fügte Wels hinzu: "... Ich glaube, ich habe mit meinem Widerspruch recht gehabt. Wenn die Verantwortung bis zum Schluß bei den anderen geblieben wäre, dann wäre vielleicht die Rede vom Dolchstoß nicht da."

Angesichts der unvermeidlichen militärischen Niederlage Deutschlands erhoben sich die gequälten, hungernden Massen gegen die Fortsetzung des Krieges und gegen die regierenden Fürstenhäuser.

Die deutsche Revolution von 1918/19 hatte fast ohne Blutvergießen begonnen; die im Kriege miteinander verfeindeten Mehrheitssozialdemokraten und USPD-Anhänger kooperierten miteinander sowohl in der Reichsregierung wie in den Länderregierungen und ebenso in den Arbeiter- und Soldatenräten. Am 12. November beschloß die Revolutionsregierung, die sich "Rat der Volksbeauftragten" nannte, mit Gesetzeskraft die Erfüllung von Forderungen, um die die Arbeiterbewegung jahrzehntelang vergebens gerungen hatte, wie den Achtstundentag und ein demokratisches Wahlrecht für Männer und Frauen zu allen Parlamenten. Doch schon bald verdüsterte sich die politische Szene. Breite Massen hatten erwartet, daß eine sozialdemokratische Regierung die Sozialisierung der Produktionsmittel durchführen oder mindestens mit ihr beginnen, daß sie die alten Amtsinhaber durch neue, demokratisch gesinnte ersetzen und die kaiserlichen Offiziere entmachten werde. Als das nur zögerlich oder gar nicht geschah, wuchs die Unzufriedenheit und nahm gefährliche, zum Teil gewalttätige Formen an. Das bekam Otto Wels schmerzhaft zu spüren. Er war zum Stadtkommandanten von Berlin ernannt worden und hatte mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen. Am Vorabend des Weihnachtsfestes 1918 war er von meuternden Matrosen festgenommen und mißhandelt worden. Daraufhin trat er von seinem Posten zurück. Es scheint, daß seine Erfahrungen in der Revolutionszeit einen nachhaltigen und tiefen Einfluß auf ihn ausübten. Nie wieder war er bereit, ein Regierungs- oder Verwaltungsamt zu übernehmen. Sein Platz war und blieb innerhalb der Parteiorganisation. Auf dem ersten Nachkriegsparteitag der SPD, der im Juli 1919 in Weimar stattfand, wurde Otto Wels neben Hermann Müller zum Parteivorsitzenden gewählt.

Partei und Regierung

Es kennzeichnet die Auffassung von Wels über die Rolle und Bedeutung der Partei, daß er auf dem Recht des Parteivorstandes bestand, von Sozialdemokraten geführte Regierungen zu kritisieren. Seine Vorwürfe richteten sich besonders gegen den Reichswehrminister Gustav Noske, einen Sozialdemokraten, der es versäumt hatte, im Militär demokratische Reformen einzuführen. In seiner bildhaften, drastischen Sprache erklärte Wels: "Die Mitglieder des Parteivorstandes würden sich ja zu Eunuchen degradieren, wenn sie sich wie der Erzengel vor Gottes Thron vor den Thron der Regierung stellen und unbekümmert um den wahren Stand der Dinge singen würden: und alle deinen hohen Werke sind herrlich wie am ersten Tag." Wie berechtigt die Kritik an Noske war, zeigte sich beim Kapp-Putsch im März 1920, als hohe Offiziere,

denen Noske sein Vertrauen geschenkt hatte, die Regierung zu stürzen versuchten. In einer Krisensitzung bei Ausbruch des Putsches war es vor allem Wels, der die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder zur Ausrufung des Generalstreiks veranlaßte. Der Generalstreik verlief erfolgreich, der Putsch brach zusammen. Noske mußte zurücktreten. Doch Wels war nicht dazu zu bewegen, Noskes Nachfolger zu werden. So ging der SPD der wichtige Posten des Reichswehrministers verloren.

Die positiven Erfahrungen mit der Abwehr von Feinden der Demokratie, die während des Kapp-Putsches gemacht worden waren, bleiben in der Weimarer Republik einmalig. Die SPD war Zielscheibe der Angriffe nicht nur von Reaktionären und Nazis, sondern von Anfang an auch der Linksradikalen. Die Mehrheit der USPD vereinigte sich Ende 1920 mit der KPD, und erst dadurch wurden die Kommunisten zu einer Massenpartei. Ihre Stimmenzahlen bei Reichstagswahlen lagen zwar stets weit unter denen der SPD, doch die KPD hatte beträchtlichen Einfluß in manchen Industriegebieten und auch auf linke Intellektuelle. Wels, für den Sozialismus ohne Demokratie undenkbar war, sah Bolschewismus und Faschismus als Zwillingsbrüder an, die er kompromißlos ablehrte. Auf außenpolitischem Gebiet war er jedoch für normale staatliche Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion.

1928 schien sich noch einmal eine Chance für die SPD zu bieten, die vor allem vor ihr geschaffene Weimarer Republik demokratisch und sozial zu gestalten. Hermann Müller bildete ein Kabinett der Großen Koalition, das aber von Anfang an durch die Konflikte zwischen der Deutschen Volkspartei mit ihren engen Beziehungen zur Großindustrie und den Sozialdemokraten belastet war. Die große Koalition zerbrach 1930, die NSDAP errang unerhörte Wahlsiege, das Reich wurde mit Tolerierung der SPD durch Notverordnungen regiert, am 20. Juli 1932 wurde die von Sozialdemokraten geführte preußische Regierung vom Reichskanzler Papen abgesetzt, in der Weltwirtschaftskrise gab es in Deutschland über sechs Millionen Arbeitslose. Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Hindenburg Hitler zum Reichskanzler.

Hitler wollte seinem verbrecherischen Terror-Regime einen legalen Anstich verschaffen. Darum legte er dem Reichstag am 23. März 1933 ein Ermächtigungsgesetz vor, das die Weimarer Verfassung außer Kraft setzte. Die SPD-Fraktion war die einzige - den Kommunisten waren die Mandate aberkannt worden, und sie waren nicht mehr anwesend -, die sofort beschloß, gegen das Ermächtigungsgesetz zu stimmen. Mehrere jüngere Abgeordnete, auch Kurt Schumacher, meldeten ihre Bereitschaft an, eine Erklärung im Plenum zur Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes abzugeben. Doch Otto Wels wollte bis zuletzt seiner Verantwortung als Partei- und Fraktionsvorsitzender treu bleiben. Im von bewaffneter SS besetzten Saal hielt Wels unter Lebensgefahr seine Rede, die in dem Satz gipfelte: "Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus." Und unter Sozialismus verstand Wels, wie es in der gleichen Rede heißt: "Ideen, die ewig und unzerstörbar sind."

Im Mai 1933 beschloß der SPD-Vorstand, daß seine Vorsitzenden und ein Teil seiner Mitglieder ins Exil gehen sollten, um dort den Kampf gegen das NS-Regime fortzusetzen. Die Vorsitzenden Otto Wels und Hans Vogel fanden in Prag unter den dortigen Sozialdemokraten gute Freunde. Als der Exil-Vorstand der SPD Anfang 1938 die Tschechoslowakei verlassen mußte und nach Frankreich umzog, begann für sie eine bittere Zeit. Die grauenvollste, die Besetzung Frankreichs durch die Truppen des deutschen NS-Staates, hat Wels nicht mehr erlebt. Er starb am 16. September 1939. Sein Grab liegt in der Nähe von Paris.

(-/7. September 1993/rs/ks)

(Dieser Beitrag erschien zuerst im Informationsdienst der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten).
